

Das Blatt monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 8.00 Mark ausfall. Zustellungsgebühr, Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. In amtlicher Zeitungsgeschichte unter der Aufschrift eingereicht. Für unvollständig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Druck-Verlagsgesellschaft, Fernstr. der Schiffbauerdamm 11, 1140, der Anzeigen-Abt., Nr. 1132 u. 1418, der Verlags-Abt., Nr. 1133; Postfach-Adress Leipzig Nr. 4600.

Volks-Zeitung

Dreißundfünfzigster Jahrgang.

werden d. S. 60 Pf., 34 mm Br., Millimeterzelle oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in weiteren Finanzverhältnissen u. allen Preisverhältnissen angemessen. Bestellungen 92 mm Br., Millimeterzelle 60 Pf. Anzeigen-Annahmschein vom 11 Uhr, für die Sonntag-Bl. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tagl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäfts- u. Haupt-Verwaltung: Halle, Neue Promenade 19, Dr. Braunhauer, 17. Neben-Verwaltung: Markt 23 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 439.

Halle, Freitag, den 19. September.

1919.

Die neue Reichsanleihe.

Prämienanleihe mit besonderen Vorteilen.

WTB. Berlin, 18. Sept. Wie verlautet, wird das Reich schon in aller nächster Zeit mit einem Anleihegeschäft an die Öffentlichkeit herantreten. Die neuen Anleihen werden mit besonderen Mitteln ausgestattet sein, sogenannten Prämienanleihen. Es sind auch besondere steuerliche Vorteile vorgesehen, besonders bei der Erbschaftsteuer, für sie in Aussicht genommen. Die Anleihen sollen so gestaltet werden, daß sie nicht nur Spielern einen Anreiz gewähren, sondern allen Staatsbürgern, auch dem Kleinsten, begehrenswert erscheinen. Eine Schädigung der Kriegsanleihebesitzer soll unter allen Umständen vermieden werden.

Das Urteil im Geiselsprozess.

Sechs Todesurteile.

WTB. München, 18. Sept. Im Geiselmordprozess wurde heute nachmittag 4 1/2 Uhr das Urteil gefällt. Die Angeklagten Fritz Seidl und Schidlhofer wurden wegen zweier Verbrechen des Mordes zweimal zum Tode verurteilt, die Angeklagten Widal, Pürzer, Gehmer und Josef Seidl wegen Verbrechen des Mordes zum Tode, die Angeklagten Rid, Gell, Hessefmann, Lerner, Hauns, Georg Huber und Rietmeier wegen Verbrechen der Beihilfe zum Tode zu 15 Jahren Zuchthaus, sämtlich mit den entsprechenden Ehrenstrafen. Die Strafverurteilung Petermeiers wurde als unzulässig bezeichnet. Die Angeklagten Böhl und Schmitzle wurden auf freien Fuß gesetzt. Die Angeklagten nahmen das Urteil, an das sich eine längere Begründung angeschlossen, vollständig ruhig auf. Im Justizpalast und vor dem Gebäude wurde während der Urteilsverkündung besonders strenge militärische Sicherungen getroffen worden. Der Abtransport der Verurteilten erfolgte in Automobilen zwischen militärisch besetzter Kraftwagen Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Besuch von Schwerverwundeten Deutschen in Paris.

WTB. Versailles, 18. Sept. Major Brandt wurde heute in Begleitung eines französischen Offiziers 74 deutsche Schwerverwundete im Hospital Laube-Grance in Paris. Es wurde ihm jede Bewegungsfreiheit zur ungehinderten Unterhaltung mit den Verwundeten gegeben. Er konnte feststellen, daß der augenblickliche Gesundheitszustand aller Kranken ein derartiger ist, daß ihnen Abtransport nichts im Wege steht. Der begleitende französische Verwaltungsbeamte erklärte, daß der baldige Abtransport dieser Gefangenen bevorsteht. Major Brandt konnte feststellen, daß die Kranken sich in recht gutem Ernährungszustand befinden. Die menschliche Anteilnahme des behandelnden Arztes und der pflegenden Schwestern wurde von den Kranken anerkannt. Major Brandt wird den Angehörigen der Kranken unmittelbare Nachricht übermitteln.

Liebesgaben für die deutschen Gefangenen in Sibirien.

WTB. Berlin, 18. Sept. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilangelegenheiten teilt mit, daß am 30. September ein deutsches Schiff mit warmer Kleidung, Medikamenten und Liebesgaben Kopenhagen verläßt, dessen Ladung für die deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien bestimmt ist. Angehörige können auf diesem Wege schriftliche Mitteilungen, jedoch kein Geld an die in Sibirien befindlichen Kriegsgefangenen gelangen lassen. Die Briefe sind bis zum 26. Sept. der Reichsbesorgungsstelle Bremen, Abteilung Kriegsgefangenenhilfe, Berlin SW. 11, Prinz-Albrecht-Str. 11, mit der Aufschrift „für Sibirien“ zuzuleiten. Die Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung über den beschleunigten Abtransport der Gefangenen werden fortgesetzt.

Der Entwurf der Provinzialautonomie für Oberösterreich.

WTB. Über den Regierungsentwurf, nach dem Oberösterreichs Selbständigkeit als Provinz erhalten wird, wobei der B. 3. a. M. berichtet: Es soll zunächst ein oberösterreichischer Landesrat geschaffen werden, der vorläufig aus oberösterreichischen Mitgliedern aller Parteien der Reichstagen Landtagsversammlung und der Deutschen Nationalversammlung besteht. Durch Koordination sollen auch Polen in einer dem Stimmverhältnis bei den Wahlen zu den verfassunggebenden Versammlungen entsprechenden Zahl in den Landesrat aufgenommen werden. Der Landesrat soll aus sich einen Staatsrat aus drei Männern wählen, der die Verwaltung der Provinz führen soll.

WTB. Leipzig, 18. Sept. Heute fand in Leipzig unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Dr. Wolf eine Besprechung mit sämtlichen Ministern der deutschen Eisenbahnverwaltungen über die Ueberführung der Staatsbahnen auf das Reich statt. Hierbei wurde hauptsächlich über zur Erörterung gestellten Fragen ein erfreuliches Einverständnis erzielt.

Die Ueberführung der Staatsbahnen auf das Reich.

WTB. Königsberg, 18. September. (Drahtnachricht.) Hier ist eine von polnischer Seite ausgehende Spionageorganisation aufgedeckt und unzulänglich gemacht worden, die sie sich voll entfalten und wirksam betätigen konnte. Der Hauptverdächtige, dessen Nationalität noch nicht feststeht, sowie 5 seiner Mitarbeiter, die größtenteils schlesisch sind, sind bereits hinter Gitter und Stiegel.

Eine polnische Spionageorganisation.

WTB. Amsterdam, 18. September. (Drahtnachricht.) Der Londoner Korrespondent des Telegraf meldet, anlässlich des Besites des Obersten Rates der Alliierten, der jetzt definitiv beschlossen hat, die nötigen Schritte zu tun, um den Holland die Ueberlieferung des früheren deutschen Kaisers durchzusetzen und ihn vor ein englisches Gericht zu stellen: Die Daily Mail Gazette äußert, daß sich die der Befehl bietet, und annehmbar aus den früheren Beschlüssen ergibt, an deren trotz anderslautender Beschlüsse nicht erlassen werden ist. Die Schwärzer, die sich im Zusammenhang mit dieser Frage erheben könnten, wären so notwendig gemacht, daß die Konferenz, die sie sich formell an Holland wendet, auch die wichtigsten Probleme löst.

Zur Auslieferung des Kaisers.

WTB. London, 18. September. (Drahtnachricht.) Die Tribuna will erfahren haben, daß die italienische Regierung die offiziellen diplomatischen Beziehungen zu Deutschland am 15. Oktober wieder aufnehmen wird.

Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Italien.

WTB. Berlin, 18. September. (Eigene Drahtnachricht.) Die Unzufriedenheit der unabhängigen Drahtzieher.

Zum Berliner Metallarbeiterstreik.

Berlin, 18. September. (Eigene Drahtnachricht.) Gemäß den gestern erfolgten Abstimmungen in den einzelnen Betrieben sind heute bei verschiedenen Firmen der Metallindustrie Berlins Streiktrübe ausgebrochen. Ueber die Ursachen des Metallarbeiterstreiks erzählt das Volksrecht folgendes: Man ist in Berlin über die Lage der Arbeiter, doch seitdem ein nationaler Streik im Gange war, wurde, wie die augenblickliche Ausnahmemaßnahme der Metallarbeiter. Der Streik ist in wirtschaftlicher Hinsicht unbedeutend, was der Arbeiter selbst nicht klar ist, da man ihnen einredet, daß die Arbeiter in den Verhandlungen erklärt hätten, die Forderungen um 20 Prozent herabzusetzen zu wollen. Dies ist aber nicht der Fall. Die Arbeitergehälter haben sich im Gegenteil verpflichtet, keine Herabsetzung der Löhne einzutreten zu lassen. Diese Forderung ist nur den politischen Drahtziehern bekannt, aber nicht, wie oben bemerkt, den Streikenden selbst. Diese Drahtzieher wollen auch genau, daß die Arbeiter sich für politische Ziele zu streiken ausbehalten nicht bewegt ist. Eine der Gründe, die die radikalen Drahtzieher für die Inszenierung eines Streiks in der Metallindustrie haben, ist wohl in folgendem zu suchen: In kurzer Zeit lag in Stuttgart der Deutsche Metallarbeiterstreik. Die Stimmenerhebung selbst augenblicklich einen mächtigen Akt mühen die S. P. D. und die Unabhängigen. Wenn nun die Unabhängigen durch einen von ihnen inszenierten Streik die Lage der Metallarbeiter besser, so erhoffen sie dadurch in Stuttgart eine Stimmenerhebung für sich erreichen zu können. Ein von den Unabhängigen gewonnenen Streik würde auch für den Reichsparlamentarier eine Niederlage bedeuten.

Neuerlicher Proteststreik der höchsten Arbeiter.

WTB. Frankfurt a. M., 18. September. (Drahtnachricht.) Die Frankfurter Zeitung meldet: Die Arbeiter der höchsten Schicht der Arbeit nieder. Sündig ist die Entscheidung in einer Resolution an die höchste Behörde, daß er gemäß Verfassung des Wiesbadener Regierungsrates vorläufig die Bundesgeschäfte übernehmen werde, was eine glatte Unarbeit ist.

Streik im Kohlenrevier Klein-Rosfeld.

WTB. M. h. 18. Sept. (Saxons.) 10 000 Bergleute des Kohlenreviers Klein-Rosfeld sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen einen Tagelohn von 15 Franken und Anerkennung der Gewerkschaften.

Die neue finnische Kutsche.

WTB. Helsinki, 18. September. (Drahtnachricht.) Die neue Kutsche für Finland ist in Beilage von 6 Millionen Finnland Sterling ist numerisch bewilligt.

Sabotierung der Verwaltung.

Die Konflikte, die sich aus der Forderung der Arbeitsbedingungen für Landarbeiter zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber, nicht zu ergeben haben den preussischen Landwirtschaftsminister Braun Anfang September veranlaßt, eine sofort in Kraft tretende Verordnung über die Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiter zu erlassen. Danach ist „in Fällen, in denen der Abbruch von Arbeitsverträgen zwischen Vereinigungen von Arbeitnehmern und einzelnen Arbeitgebern in der Landwirtschaft durch die beteiligten Personen verweigert wird, der Demobilmachungskommissar beauftragt, nach Anhörung landwirtschaftlicher Sachverständiger Arbeitsbedingungen für ein Kreisgebiet festzusetzen und sie für verbindlich zu erklären“. Weigert sich der Besitzer eines landwirtschaftlich genutzten Grundstücks, diese Arbeitsbedingungen zu erfüllen, und wird infolgedessen die rechtzeitige Ausführung wichtiger landwirtschaftlicher Arbeiten gefährdet, so ist der Demobilmachungskommissar beauftragt, mit Ermächtigung der Landeszentralbehörde, die Verwaltung des Grundstücks einschließlich des Zubehörs dem Besitzer ganz oder zum Teil zu entziehen und dem zuständigen Kreisommandanten zu übertragen.

Es mag zweifelhaft sein, ob das Ministerium zu einem derartig tief einschneidenden Eingriff in Eigentumsrechte überhaupt befugt ist — unter keinen Umständen dürfte eine solche Maßnahme im Verwaltungswege durch eine Verordnung, sondern nur durch ein Gesetz erfolgen. Ebenjowenig zulässig aber ist das Vorgehen einer Reihe kommunaler Großgrundbesitzer, die, wie o. Rain-Waldenburg und v. Herzberg-Rottin, am 10. September in der „Norddeutschen Presse“ in Reue über die Ministerialverordnung für rechtswidrig erklärt und versprochen, sie würden sich nicht daran fügen. Wörtlich heißt es in dieser Erklärung kommunaler Großgrundbesitzer:

„Da die ganze Ministerialverordnung ungültig ist, so ist auch eine Anordnung über Arbeitsbedingungen für landwirtschaftliche Arbeiter, die der Regierungsräsident — als Demobilmachungskommissar — in den nächsten Tagen für den Kreis Reutemünster — wie schon am 3. September für Belgard geschah — erlassen wird, rechtswidrig und ungültig. Die Unterzeichneten halten es für ihre patriotische Pflicht, sich nicht an dieser Rechtsgebens zu beteiligen; sie lehnen daher die Annahme der Bedingungen ab und bitten ihre Berufsgenossen zur Abwehr der rechtswidrigen Uebergriffe des Landwirtschaftsministers ebenso zu verfahren.“

Es ist natürlich das gute Recht jedes Staatsbürgers, auf eine Veränderung oder Aufhebung einer ihm nicht zuzugewandten Regierungsmaßnahme zu dringen. Es geht aber nicht an, daß einfach eine Regierungsverordnung von irgend jemand als null und nichtig erklärt und öffentlich aufgeführt wird, sich nicht darum zu kümmern. Ein solches Vorgehen heißt den Staat negieren. Das bedeutet Auflehnung gegen staatliche Autorität und völlige Aufrechterhaltung des Regierungsapparates. Verfüge dieser Art werden auch schon gemacht. Die „Tägliche Rundschau“ vom 16. September schreibt:

„Um ein Gegengewicht gegen die Proletarisierung der Verwaltungsbehörden zu schaffen, haben sich Landwirte und auch sonst waterländisch gesinnte Kreise immerhöher begrenzter Verwaltungsbezirke zur Selbsthilfe entschlossen, indem sie in bereits für die politische Organisation Verwaltungsbeamte anstellen, welche die Landräte alten Schlags zu ersetzen geeignet erscheinen. ... Was der Minister des Innern zusehen, woher er die Kräfte zur Erfüllung der Verwaltungsaufgaben erhält.“

Die Forderung wichtiger Verwaltungsämter mit sozialdemokratischen Parteifunktionären hat mit Recht Anstoß erregt, wo der Eindruck erweckt wurde, daß für die Berufung weniger die Befähigung, als die Parteigebhörigkeit maßgebend war. Aber das in der „Täglichen Rundschau“ empfohlene Verfahren läuft einfach hinaus auf Anarchie.

Deutschnationale gegen das gleiche Wahlrecht.

In den vergangenen Tagen der konservativen Herrschaft im Preussischen Abgeordnetenhaus war es ein seltenes temporäres Mittelding der konservativen Partei vorbehalten, das offenerhändig auszusprechen, was die ganze Partei nun dachte, was die anderen aber aussprechen sich scheuten. Dazu gehörte vor allem der Abbruch von dem gleichen Wahlrecht im Reich. Man verwirklichte es in Gedanken in Grund und Boden, trauete sich aber an den „Umflurz von oben“ doch nicht heran. Um so änder aber flammerte man sich an das „Preussische Reichswahlrecht“ als Vorrecherhaltung „preussischer Eigenart“, und es ist ja auch noch lebhaft in der Umsetzung, mit welchen Mitteln die Konservativen, die an-

geblich besten Stützen der Monarchie, den ausdrücklichen Willen des Trägers der Krone auf Beibehaltung des preußischen Kaiserthums nach mitten im Weltkriege bekämpft haben. Sie trafen hierin mit Monarchie zusammen, indem, als daß sie ein Stückchen von ihren Herrscherthümern, die in diesem kleinsten aber Wichtigsten wurzeln, preisgaben. — Nach dem Zusammenbruch verfiel die konservervative Partei dem Namen nach, da der Name zu sehr belastet war, und man wählte ein neues Schild mit der Aufschrift „Deutschnationaler Volkspartei“. Die innere konservervative Herangehung, aber die für das Volk von jeder nur politische Bedeutung übrig hatte, und die alte Sucht, den wie ich schon öfters angedeutet habe, zu unterrichten und zu lehren, ist geblieben und wird von einigen unüberwundenen deutschen Nationalen wiederum auch wieder offen ausgesprochen. Zu diesen gehört in erster Linie der deutschnationalen Abgeordnete Herr Hermann. Nach einem Bericht des „Schweizer Kreisblattes“ vom 10. Sept. (Nr. 211) hat er kürzlich in Schwyz bei einer von deutschnationalen Kreisvereinen Schweizer einberufenen Versammlung gesprochen und in seinem „Zusammenfassung“ zunächst die Versammlungsteilnehmer über die „wertvolle“ Arbeit des früheren Oberpräsidenten gegenüber der Demokratie aufzuklären versucht. Weiter wurden die früheren Nationalisten als „Vorbereiter“ der Sozialpolitik und der Nationalen angesehen, und die „nationale“ Gestaltung der Deutschnationalen Volkspartei ist besonders unterstellt. In diesen Nationalismus empfahl Herr Hermann der Deutschnationalen Partei zur Aufrechterhaltung und fügte dann noch dem Bericht des Kreisblattes hinzu: „Nicht mit Worten soll man Politik machen, sondern mit der Tat. Dann wird man auch erkennen, daß das gleiche Wahlrecht der Tod jedes Wirtschaftskreisens ist.“

Mit diesem offenen Bekenntnis scheint sich also die Deutschnationalen Volkspartei nach einer Propaganda der Tat und will diese mit einem „Umsturz“ nach ihrem Sinne, mit der Befreiung des gleichen Wahlrechts, verbinden müssen. Es ist in dieser Art gut, daß Herr Hermann diese Erklärung so offen ausgesprochen hat, denn man weiß jetzt deutlich, wohin die Arbeit der Deutschnationalen Volkspartei führt. Die Mitglieder der Monarchie und die Wiederherstellung unseres Wirtschaftskreisens bilden das Ausschlagsschild, mit dem man Anhänger einfangen will. In Wahrheit will man die zusammengebrochene konservervative Herrschaft, die auch gegen die Monarchie forcierte, wenn diese ihr nicht zu milde war, durch die Diktatur von rechts wieder aufrichten und die politische Gleichberechtigung des Volkes durch ein System der Herrschaft besetzen. Darauf läuft die „nationale“ Arbeit der Deutschnationalen Volkspartei letzten Endes hinaus, und wird in ihrer Wirkung derjenigen des radikalen Kommunismus immer mehr gleich, denn sie auch den besten Nationalisten stößt. Denn ein willkommeneres Nützlichkeitsmittel, wie den Auf des Abgeordneten Hermann nach Befreiung des gleichen Wahlrechts, kann der linke Nationalismus wirklich nicht wünschen.

Beginn der innerpolitischen Kampfreden in England.

Amsterdam, 18. September. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus London gemeldet wird, hat nach der Rückkehr Lord George aus Paris der politisch-parlamentarische Kampf zwischen der einzelnen Partei in England begonnen. Der Herr ist nach Wales gezogen, wo er über das Unterhausprogramm der Regierung sprechen wird. Der liberale Führer H. Lloyd George in Birmingham und anderen Städten über die Politik der Regierung, deren Gegner er ist, zu reden. Die demokratische innerpolitische Veränderung besteht darin, daß der nun im Unterhaus gemählte Arbeiterführer Henderson die Führung der Arbeiterkommission im Unterhaus an Stelle von Anderson übernimmt.

Lloyd George über den Völkerverbund.

WTB. London, 18. September. (Drahtnachricht.) Lloyd George hat am Abend in City Temple in einer gedruckt worden Versammlung des Internationalen Bundes der Arbeiter die Rede gehalten, in der er sagte: Die alte Ordnung ist mit dem deutschen Völkerverbund, der Welt bedroht, für immer aus der Welt gerufen. Durch den Völkerverbund, der Schöpfung und der Menschheit ist die Welt reicher und stärker geworden, er hoffe, daß die großen Mächten verschwinden werden. Bezüglich des Völkerverbundes sagte er, man müsse befürchten, daß der Völkerverbund einseitig die Interessen der Nationen verletzen würde, wenn nicht die Macht der vereinigten Völker der Welt auf dem Frieden ruht.

Der Friedensvertrag im amerikanischen Senat.

Tag, 18. Sept. Wie „New York Times“ aus Washington meldet, wird die Ausprache im Senat über den Friedensvertrag eine hitzige. Senator Borah, der eine Anzahl durch Amerika machte, um gegen den Vertrag zu sprechen, wurde zu einer wichtigen Republikanischen Konferenz nach Washington zurückgerufen. Die Republikaner haben die Verhandlungen über den Vertrag noch mehr verzögert dadurch, daß sie die erste Sitzung bis zur nächsten Woche hinausgeschoben. Die Demokraten protestierten heftig und wollten mit Gewalt die Republikaner zu einem schnellen Beschluß bewegen. Senator Sherman nannte Wilson einen unbeschränkten Monarchen über die weltliche Selbstregulierung. Er sagte hinzu, Wilson schände seinen Präsidenten Titel und dadurch, daß er eine fremde Regierung, deren Hauptabsicht sei, Treue schwöre, und daß er der erste Präsident des Völkerverbundes sein wolle.

Große Ueberschwemmungen in Texas.

Tag, 18. Sept. Nach dem „New York Times“ sind durch eine Ueberschwemmung in Texas große Vermögenen an dem Schaden erlitten worden. An der Küste von Corpus Christi und an der Texas-Küste sollen mindestens 1000 Leichen liegen. 30 000 Menschen sind obdachlos. Der Schaden wird auf vier Millionen Dollar geschätzt.

Annahme des bulgarischen Friedensvertrages.

WTB. Versailles, 17. Sept. Der Oberste Rat der Alliierten, der nach dem „Journal des Debats“ jetzt in eine diplomatische Konferenz umgewandelt ist, hat in seiner heutigen Sitzung den bulgarischen Friedensvertrag einstimmig angenommen. Er wird Freitag vormittag der bulgarischen Friedensdelegation am Quai d'Orsay überreicht werden. Nach dem „Temps“ ist bestimmt worden, daß Thrazien Bulgarien zugesagt, und daß Bulgarien freien Zugang zum Ägäischen Meere erhält, und zwar unter später festzustellenden Bedingungen.

Frieden mit China.

WTB. Versailles, 17. Sept. Nach einem Telegramm aus Washington hat die chinesische Regierung dem amerikanischen Staatsdepartement mitgeteilt, daß China durch eine Proklamation vom 15. September erklärt habe, es befinde sich mit Deutschland im Friedenszustand.

Poincaré reist nach London.

WTB. Versailles, 17. Sept. Präsident Poincaré wird am 14. Oktober zum Besuche des englischen Königs nach London eintreffen, im Buckingham-Palast absteigen und zwei Tage dort verbringen.

Koloniale Fragen in der Kammerführung.

WTB. Paris, 18. Sept. In der Kammer sagte gestern der Arbeitsminister bei Vorlegung von Einzelheiten des Willens der Internationalen Organisationen der Arbeiter, wie sie im Friedensvertrag vorgehen sind, daß die Ministerien damit einverstanden sind, den Gedanken der Zulassung von Vertretern Deutschlands hinne. Kurzer Zeit anzunehmen. An der nächsten nationalen Konferenz in Washington würden auch die landwirtschaftlichen Arbeiter teilnehmen. Kolonialminister Simon erklärte, daß die Alliierten bei der Beratung der Deutschen aus ihren Kolonien gegenüber der mangelnden Bevölkerung ihre Pflicht als Beschützer erfüllt hätten. Der Minister führte auch den deutschen Kolonialterror an und erinnerte an die Massaker unter den Hereros mit dem Hinzufügen: Ich brauche nicht die deutschen Methoden in den Kolonien hervorzuheben. Es genügt, die Methoden anzusehen, die die Deutschen in den besetzten Gebieten anwandten, denn es sind dieselben. Der Minister sagte weiter, daß die großen Anhaltspunkte von Togo und Kamerun, die Frankreich erhalte, für Dahomey und Kongo von großem Werte seien. Der Minister machte ferner Ausführungen über die Geschichte der Marokkoprobleme und die Schwierigkeiten, die Deutschland von 1906–14 gemacht hat. Das friedliebende Frankreich brachte die Frage von Algerien vor des Haager Schiedsgericht. Sein gutes Recht habe es den Prozeß gewinnen lassen. Das Abkommen zwischen Frankreich und England würde in voller Eintracht eingehalten, Frankreich und seine Kolonien müßten sich heute als einiges Frankreich fühlen. Frankreich müßte den Kolonien größere Autonomie gewähren.

Die Frage der Heimkehr der Kolonialgefangenen aus überseeischen Lagern.

Bei den Verhandlungen in Köln mit Vertretern der englischen Regierung ist selbstverständlich auch die eben genannte Frage zur Sprache gekommen. Die englischen Vertreter haben zugesichert, daß auch die Heimführung der nach in Ägypten, Indien und auf Malta befindlichen Gefangenen sobald als möglich erfolgen soll.

Es ist im besonderen zu hoffen, daß die in Ägypten und Malta befindlichen Gefangenen baldigt durch die Schiffe abgeholt werden, die sich mit zulässigen Kriegsgefangenen auf der Fahrt nach dem Schwarzen Meere befinden. Hierbei sei nochmals festgestellt, daß die in Ägypten und Malta gebliebenen Gefangenen der englischen Angehörigen, die deutschen Gefangenen frei und brauchen nur vor der deutschen Regierung abgeholt zu werden, unzutreffend ist, wie auch aus Vorstehendem hervorgeht.

Ein Wirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und Rumänien.

WTB. Bern, 18. Sept. Wie das Rumänische Pressebureau mitteilt, ist im Anschluß an den Besuch einer Schweizer Mission in Rumänien ein schweizer-rumänisches Wirtschaftsabkommen geschlossen worden. Rumänien wird Getreide und Petroleum liefern und im Austausch industrielle Maschinen und Webwaren im Werte von zehn Millionen erhalten.

D'Annunzio will Fiume verteidigen.

WTB. Venedig, 18. Sept. Die italienischen Zeitungen bringen wieder einen Nachdruck über die Vorgänge in Fiume veröffentlicht. D'Annunzio hat ein Manifest an die Soldaten abgegeben, in dem er die Anwandlungsbewegung übertrifft und erklärt, Fiume bis aufs äußerste verteidigen zu müssen. Er fordert ferner ein Schreiben an den Kriegsminister und einen Vorkurs an das italienische Meer. Der aus Triest erhaltene Anmarsch zweier Divisionen unter General De Robilant soll in Fiume nicht besonders beachtet werden, da man überzeugt ist, daß es die Regierung zu keinen militärischen Zusammenstößen kommen lassen werde. Die Venedig-Mitteilung lautet zum Meere und auf dem Landwege bis in Fiume ununterbrochen bis abgelehnt.

Eine internationale Vereinigung von Kriegsteilnehmern.

WTB. Genf, 18. Sept. (Schweizerische Depeschentagentur.) Hier ist am Mittwochabend eine von deutschen, französischen, italienischen, österreichischen, türkischen und jesischen Kriegsteilnehmern besetzte Versammlung hat, die einstimmig die Bildung einer internationalen Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer zustimmte, die sich die Verhinderung der Kriege und den Kampf gegen die Wladenschäften des Chauvinismus zum Ziele setzt.

Preussische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 18. Sept. Präsident Reinerz eröffnete die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Auf eine Frage von Dr. Reibig (D. Apt.) erklärte die Regierung, daß sie sich für verpflichtet halte, von der Landesversammlung beschlossene Gesetze so schnell zu verhandeln, wie es ihr nach dem G. Schatzungsplan möglich sei. Die zweite Tagesordnung wird vorgesetzt beim Ministerium für Volkswohlfahrt. Abg. Wegner (U. E.) beantwortet den Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik auf Schaffung eines Reichswohlfahrtsamtes und eines Jugendamtes. Abg. Aufhäuser (D.) richtet an die Regierung die folgende Anfrage, welche Maßnahmen sie ergreifen werde, um

dem fehlenden großen Wohnungsmangel erfolgreich entgegenzutreten.

Abg. Brandenburg (Soz.) Mit der Errichtung des Wohlfahrtsministeriums ist eine Forderung meiner Partei erfüllt worden. Seine erste und wichtigste Aufgabe wird die Bekämpfung der Tuberkulose sein müssen. Angelehnt der Wohnungssatz kann der

Wohnungsluxus der begüterten Familien nicht länger geduldet werden.

Die Jugendpflege bedarf der Verbesserung, ebenfalls die Säuglingsfürsorge.

Abg. Frau Seibinger (Str.) In der Wohnungsfrage sind wir schon an der Grenze des Erträglichen angelangt. Es ist zu begrüßen, daß auch das Reich hierzu 150 Millionen Mark beisteuert.

Abg. Dr. Schömann (Dem.): Gerade, weil wir arm geworden sind, müssen wir für die Volkswohlfahrt das Doppelte zu leisten versuchen. Das Ministerium für Volkswohlfahrt ist das geeignete Instrument zur Ausführung dieser Arbeit. Die Ausbreitung der Tuberkulose erfüllt uns mit schwerster Sorge. Auch das Sozialministerium ist jetzt nach Abhilfe. Man darf da nicht auf das Vorgehen des Reichs warten.

Minister Siegelwald: Die Anordnungen der Röhner werden sorgfältige Prüfung finden. Die Einrichtung meines Ministeriums hat mit wesentlichen äußeren Schwierigkeiten zu kämpfen. Es handelt sich um die Einrichtung von drei Abteilungen: erstens Wohlfahrtspflege und Jugendfürsorge, zweitens Wohnungswesen, drittens Medizinalwesen, und es ist noch nicht gelungen, ein in sich geschlossenes Gebäude für diesen großen Bereich zu finden. Wir werden in der Wohlfahrts- und Jugendpflege nur Schritt für Schritt gehen können. Über übermäßige Sparmaßnahmen wird sich aber nicht lassen.

Freitag 12 Uhr Fortsetzung. Vorher Beratung über die Gütertarife der Staatseisenbahnen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Rus der Ekyung des Reichesausflusses der Landesverwaltung.

WTB. Berlin, 18. Sept. (Drahtnachricht.) Der Reichsausschuss der Preussischen Landesverwaltung hielt am Donnerstag vor Beginn der Vollversammlung eine Besprechung ab. Die Staatsregierung hat der Landesverwaltung das Gebäude des früheren Vereinstages zur Verfügung gestellt. Der Reichsausschuss hat sich über die Besetzung der Landesverwaltung nach Berlin. Die übrigen Mitglieder des Ausschusses sind in der Hauptsache zu Kreisversammlungen für die Abgeordneten beauftragt worden. Im Laufe der Zeit sind die Räume der Landesverwaltung (Abgeordnetenhaus) so eng geworden, daß alle im Herrenhaus verfügbaren Räume als erweiterlicher Zuwachs gelten können.

Was den Arbeitsplan betrifft, so soll demnächst die Etablierung fortgesetzt werden. Am Samstag und Montag aber sollen die Sitzungen ausfallen. Die Beratung der Feuerungsanlagen soll am Mittwoch oder Donnerstag begonnen werden.

Kreuzer „Regensburg“ fährt noch nicht nach Südamerika.

WTB. Berlin, 18. Sept. Wie M. T. S. von amtlicher Stelle erklärt, ist die von einzelnen Blättern gebrachte Nachricht über die Ausrüstung des Kreuzers „Regensburg“ nach Südamerika in dieser Form nicht zutreffend. Zurzeit hat mit der Kaiserlich-königlichen Kommission der Minister Vorhandlungen im Gange über die Zweckmäßigkeit der Begleitung der aus Südamerika nach Deutschland zur Reparatur zurückkehrenden kaiserlichen deutschen Dampfer durch einen Kreuzer, der in Ägypten von Genet auf der nicht ungeschätzten weiten Reise über den Ozean die erste Hilfe zu leisten hätte. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Alle anderen im Zusammenhang mit der geplanten Ausfahrt geäußerten Behauptungen entbehren jeder Grundlage.

Ein gefährlicher Brief.

WTB. Leipzig, 18. Sept. Der verurteilte zweite und dritte Straftäter des Reichsgerichts verurteilte heute den 45 Jahre alten Kaufmann Julius Cewerin aus Stuttgart wegen verurteilten Landesverrats zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis. Cewerin hatte im Februar dieses Jahres einen an der Grenze eingeschalteten Brief an das Staatsoberhaupt einer neutralen Macht geschrieben, durch den, wenn er in die Hände einer feindlichen Kriegsmacht gelangt wäre, dem Deutschen Reichs Neutralität zugesichert worden wäre.

Eine neue Flughafleinrichtung.

Deffen, 18. Sept. Ein verhältnismäßig kleiner Flugzeug stellte eine neue Höhenweilheit auf. Es erreichte mit acht Personen eine Höhe von 6750 Metern. Bei seinem Flug, dem als jahrelanger Gutsbesitzer der Deutschen Luftfahrt, war der Luftfahrer Diplomingenieur Gießel bewohnt, wor der Motorflugzeug ausgerüstet mit einem 150-PS-Flugmotor der Bayerischen Motorenwerke.

Zum Völkerverbundentwurf.

Eine bemerkenswerte Stimme aus Norwegen. In dem christlichen Blatte „Tidens Tegn“ veröffentlicht der Schriftführer der norwegischen Vereinigung für den Völkerverbund, Knudsen Karl Hauwene, einen bemerkenswerten Aufsatz über die Aufgaben Norwegens im Völkerverbund. Er führt in diesem Aufsatz aus, daß man sich in Norwegen mit den Bestimmungen des Pariser Übereinkommens über den Völkerverbund keineswegs einverstanden erklären könne, aber es sei dennoch für Norwegen notwendig, in den Völkerverbund einzutreten, nicht weil man ihn an und für sich in irgendeiner Hinsicht gut heisse, sondern am möglichst nachdrücklich auf eine Reformierung des Völkerverbundes arbeiten zu können. Im Hinblick auf die Tatsache, daß sich „Tidens Tegn“ niemals eines besonderen Wohlwollens Deutschlands gegenüber besichtig hat, ertheilt die folgende Ausfertigung von Knudsen in dem Blatte doppelt interessante Bemerkungen: Norwegen ist nicht ein harter Feind bildet oft den Ausgangspunkt für neue Kriege, selbst wenn die Siegerstaaten streng gerecht zu sein versucht haben. Daß die verheerenden Amputationen in Zentral- und Südamerika nicht allein als Missethaten, sondern auch als Verbrechen der Völkerverbund betrachtet sind, davon haben selbst wir auf dem Zusammenkunft einen Eindruck. Wir werden an die Worte Wilsons vom 22. Januar 1917 erinnern: „Etwas bedeutet einen dem Verlierenden anverwandten Frieden.“

